

82. Geschäftsbericht 1989

B. Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Konjunkturelle Entwicklung

In den OECD-Ländern hielt der bereits sieben Jahre dauernde Wirtschaftsaufschwung an. Das Wachstum schwächte sich indessen leicht ab und verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während es in den Vereinigten Staaten und besonders in Grossbritannien zurückging, beschleunigte es sich in der Bundesrepublik Deutschland. Das reale Bruttosozialprodukt der OECD-Länder stieg gemäss Schätzungen der OECD durchschnittlich um 3,6% gegenüber 4,4% im Vorjahr.

Anhaltendes Wachstum in den Industrieländern

In den Vereinigten Staaten mehrten sich infolge der seit Frühling 1988 restriktiveren Geldpolitik die Anzeichen einer Konjunkturabflachung. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs im Jahre 1989 um 3,0% gegenüber 4,4% im Vorjahr. Rückläufig war das Wachstum der privaten Binnennachfrage sowie der Exporte. Die Bautätigkeit, die im Jahre 1988 stagniert hatte, ging 1989 sogar zurück.

Schwächere Binnennachfrage in den Vereinigten Staaten

In Japan stieg das reale Bruttosozialprodukt, wie in den letzten drei Jahren, von allen OECD-Ländern am stärksten. Die Wachstumsrate betrug 4,9%, gegenüber 5,7% im Vorjahr. Die anhaltend starke Binnennachfrage wurde vor allem von den Investitionen der privaten Unternehmungen, die um 15% zunahmen, getragen. Der private, reale Konsum wuchs infolge von Realloohnerhöhungen von rund 3% und einer Beschäftigungszunahme von 2,0% mit 3,7% immer noch stark, wenn auch weniger als im Vorjahr (5,0%). Der Aussenbeitrag zum Bruttosozialprodukt fiel negativ aus, da die realen Importe stärker als die realen Exporte stiegen.

Grösstes Wachstum weiterhin in Japan

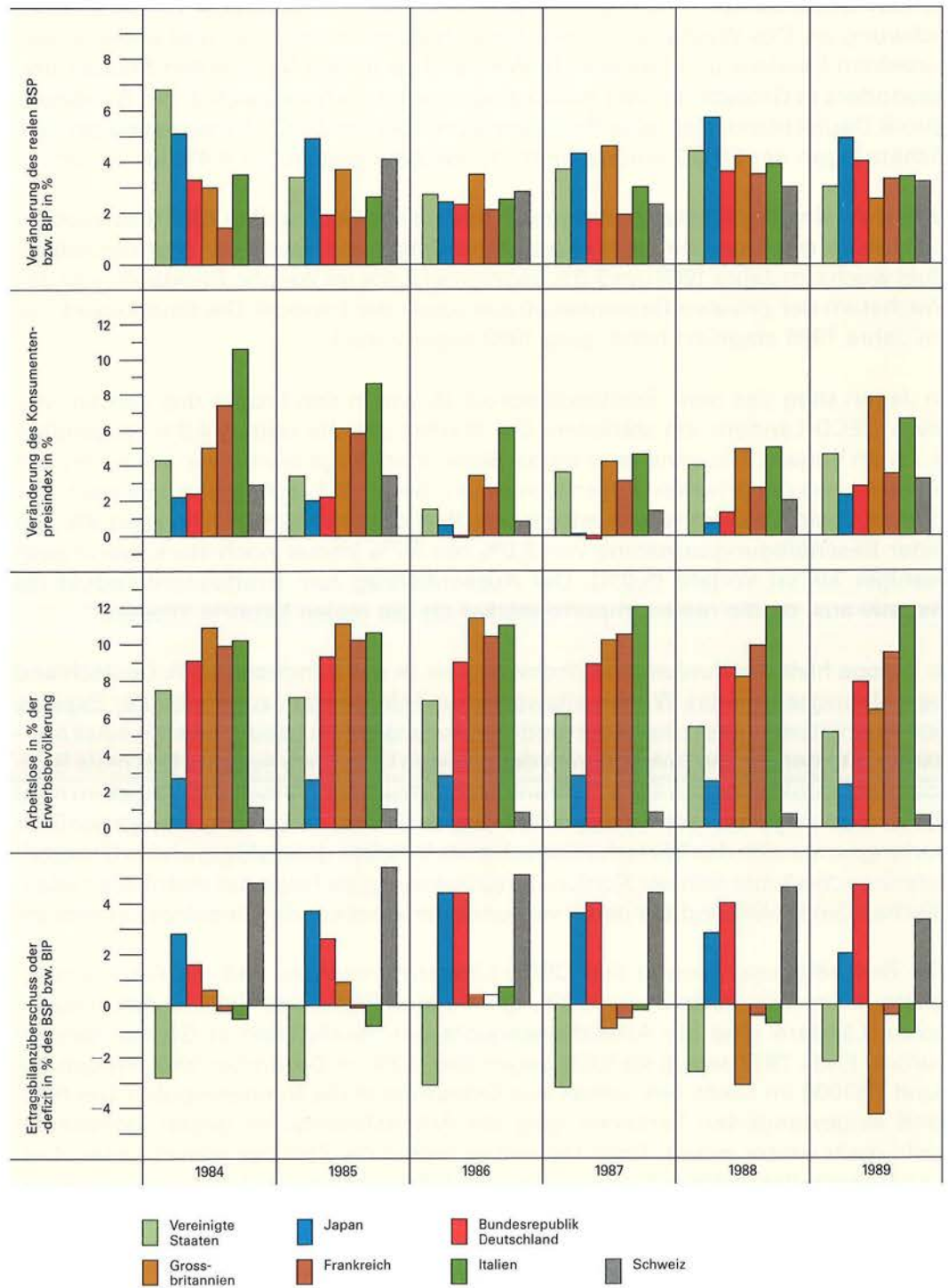
In Europa hielt der Konjunkturaufschwung an. In der Bundesrepublik Deutschland beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum infolge stark zunehmender Exporte von Ausrüstungsgütern nach den anderen europäischen Ländern sowie einer markanten Steigerung der Investitionen der privaten Unternehmungen. Das reale Bruttosozialprodukt stieg um 4,0%. In Frankreich betrug das Wirtschaftswachstum rund 3,5%, was ungefähr der Zuwachsrate des Vorjahres entspricht. Demgegenüber verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in Italien geringfügig und in Grossbritannien schwächte sich der Konjunkturaufschwung als Folge der restriktiven inländischen Geldpolitik und des damit verbundenen Anstiegs der Zinssätze deutlich ab.

Feste Konjunktur in Europa

Die Beschäftigung stieg in den OECD-Ländern weiterhin, und die Arbeitslosenquote fiel im Durchschnitt auf 6,2%, den tiefsten Stand seit 1980. In den europäischen Ländern ging die Arbeitslosenquote am deutlichsten in Grossbritannien zurück; Ende 1989 betrug sie 5,6% gegenüber 7,3% im Dezember 1988. Wegen der rund 720 000 im Laufe des Jahres aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland eingewanderten Personen ging die Arbeitslosenquote gegen Jahresende nicht mehr weiter zurück. Ende Dezember betrug die Zahl der erwerbslosen Aus- und Übersiedler 260 000. Dies sind fast 155 000 mehr als ein Jahr zuvor. Trotzdem sank die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um einen halben Prozentpunkt und betrug im Dezember 1989 7,8%. In verschiedenen OECD-Ländern verschärfte sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Tiefste Arbeitslosenquote seit 1980

Wirtschaftsindikatoren ausgewählter Länder



Während die Arbeitslosenquote sank, stieg im Jahre 1989 die Teuerung in den OECD-Ländern. Die am Konsumentenpreisindex gemessene durchschnittliche Teuerung erhöhte sich von 4,8% im Jahr 1988 auf rund 6,0% im Jahre 1989. Die Preise kletterten vor allem in der ersten Jahreshälfte in die Höhe. Neben der grosszügigen Geldversorgung des Vorjahres trugen verschiedene realwirtschaftliche Einflüsse zur Inflationsentwicklung in einzelnen OECD-Ländern bei. In den meisten Ländern schlugen die um mehr als 20% (auf Dollarbasis) höheren Erdölpreise und die um 10,2% teureren Rohstoffe (HWWA-Index einschliesslich Energie auf Dollarbasis) auf die Konsumentenpreise durch. In Grossbritannien, wo die Hypothekarsätze, die 1989 stark gestiegen waren, direkt in den Konsumentenpreisindex eingehen, war der Teuerungsanstieg mit 7,8% (Vorjahr: 4,9%) besonders ausgeprägt. In der Bundesrepublik Deutschland trug die Anhebung der indirekten Steuern zu einem Anstieg der Teuerung von 1,3% im Vorjahr auf 2,8% bei. In Japan erhöhten sich unter dem Einfluss der neu eingeführten Mehrwertsteuer die Konsumentenpreise um 2,3% (Vorjahr: 0,7%). In den Vereinigten Staaten stiegen die Konsumentenpreise um 4,6% (Vorjahr: 4,1%).

Teuerungsanstieg in den OECD-Ländern

Die Ungleichgewichte im Aussenhandel blieben ausgeprägt. In den Vereinigten Staaten setzte sich der Abbau des Handelsbilanzdefizits verlangsamt fort. Das Ertragsbilanzdefizit betrug insgesamt 105,9 Mrd Dollar, gegenüber 127 Mrd im Jahr 1988. In Japan schrumpfte der Ertragsbilanzüberschuss beträchtlich, während jener der Bundesrepublik Deutschland mit 99,1 Mrd DM eine neue Höchstmarke erreichte. Diese Zunahme geht sowohl auf einen starken Anstieg des Handelsbilanzüberschusses gegenüber den EWS-Ländern als auch auf eine markante Ertragszunahme der im Ausland platzierten Kapitalanlagen zurück. Spiegelbildlich zum deutschen Ertragsbilanzüberschuss stiegen die Fehlbeträge der Ertragsbilanzen der meisten EWS-Länder, insbesondere derjenige Spaniens, der von 3,7 Mrd Dollar im Vorjahr auf 11,2 Mrd Dollar im Jahre 1989 zunahm.

Schleppender Abbau der Ertragsbilanzungleichgewichte zwischen den OECD-Ländern – zunehmende Ungleichgewichte im EWS

2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik

Die Geldpolitik der grossen Industrieländer stand im Jahre 1989 im Zeichen der Inflationsbekämpfung. In den Vereinigten Staaten verschärfte die Währungsbehörde den Restriktionsgrad zu Beginn des Jahres. Die Versorgung des Bankensystems mit liquiden Mitteln wurde stark gedrosselt. Das Federal Reserve Board erhöhte im März den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt, um seine restriktive Offenmarktpolitik zu unterstützen. Als Folge der restriktiven Geldpolitik stieg die Federal Funds Rate markant an und erreichte im April einen Stand von nahezu 10%, mehr als drei Prozentpunkte über dem Tiefststand des Vorjahres. Die langfristigen Zinssätze stiegen bedeutend weniger stark als die kurzfristigen. Im Durchschnitt des Jahres lag der Satz für langfristige Bundesobligationen sogar unter dem Vorjahreswert. Als die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte leicht sank, mäs-

Straffere Geldpolitik in den Vereinigten Staaten